

*Pressekonferenz*

*Politik schafft Praxen ab – Hunderttausende Bürger unterzeichnen Protest gegen „Versorgungsstärkungsgesetz“*

*Berlin, 6. Mai 2015*

## **Statement Wieland Dietrich**

Vorsitzender Freie Ärzteschaft e. V.  
Facharzt für Dermatologie, Essen

### **Planwirtschaft und Konzernmedizin machen Arztpraxen kaputt und schwächen die Versorgung**

Die Freie Ärzteschaft e. V. ist überzeugt, dass das von der Bundesregierung geplante, sogenannte Versorgungsstärkungsgesetz (VSG) die medizinische Versorgung der Bevölkerung nicht verbessert, sondern verschlechtert und zudem verteuert.

Bereits seit Jahren stehen wohnortnahe Haus- und Facharztpraxen unter wachsendem wirtschaftlichen und bürokratischen Druck – das VSG erhöht diesen Druck weiter. Einerseits sollen Praxen in vermeintlich überversorgten Gebieten nicht mehr nachbesetzt, andererseits staatliche oder kommerziell geführte Versorgungszentren mit Auflösung der kontinuierlichen Arzt-Patienten-Bindung begünstigt werden. Die Grundidee des VSG ist nicht mehr Bürger-nähe und Freiberuflichkeit der Ärzte, sondern mehr Staat und Dirigismus sowie mehr kommerzialisierte ambulante Versorgungsstrukturen mit angestellten Ärzten. Auch sollen Kliniken für ambulante Behandlungen weiter geöffnet werden. Diese Strukturveränderung mit Schwächung und Reduktion inhabergeführter, wohnortnaher freier Praxen würde aus drei Gründen die Versorgung verteuern:

1. Öffentliche medizinische Versorgungszentren mit angestellten Ärzten sind ineffektiver und teuer als freie Praxen.
2. Kommerziell geführte Zentren müssen erhebliche Overhead-Kosten für Management und Verwaltung tragen und darüber hinaus eine Rendite für die Betreiber erwirtschaften.
3. Ambulante Behandlungen an Kliniken sind teurer als in freien Praxen. Besonders dramatisch steigen die Kosten, wenn Ambulanzen als Einweiserportale für vermeidbare stationäre Behandlungen genutzt werden, denn vergleichbare Behandlungen kosten in der Klinik oft 10- bis 20-mal so viel wie in den wohnortnahen Arztpraxen.

# Freie Ärzteschaft

Seit Jahren bekunden Politiker aller Parteien, dass die medizinische Versorgung einer älter werdenden Gesellschaft mit mehr Behandlungsmöglichkeiten mehr Ressourcen erfordert. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe konterkariert diese Erkenntnis, indem er Arztpraxen abbauen will – in Summe bis zu 25.000. Der Gipfel planwirtschaftlicher Absurdität ist es, Wartezeiten für gesetzlich Versicherte verkürzen zu wollen, zugleich aber die Zahl der Ärzte zu reduzieren.

Die Freie Ärzteschaft e. V. hat mit ihrer bundesweiten Kampagne in den Praxen die Patienten über die Fehlentwicklungen informiert, die das Gesetz mit sich brächte. 250.000 Bürger haben mit ihrer Unterschrift bekundet, dass sie die Kritik unseres Verbandes teilen und das Gesetz ablehnen. Viele Bürger wehren sich dagegen, dass die Bundesregierung gegen ihre Interessen und Bedürfnisse das Gesundheitssystem umstrukturieren und freie Arztpraxen perspektivisch abschaffen will.

Unsere Patienten haben verstanden, dass man mit weniger Praxen keine Wartezeiten verkürzen kann und dass sie zunehmend renditeorientierte Industriemedizin bekommen sollen. Und genau das wollen sie nicht – ebenso wenig wie anonyme Fernbehandlung per Telemedizin statt zuwendungsorientierter Behandlung durch den Arzt ihres Vertrauens. Die Bürger sehen immer klarer: Ihre medizinische Betreuung würde sich verschlechtern und dieses Gesetz ist in Wahrheit ein Versorgungsschwächungsgesetz.

*(freigegeben zur Veröffentlichung)*

## **Kontakt:**

Freie Ärzteschaft e. V.  
Gervinusstraße 10  
45144 Essen  
Tel.: 0201 68586090  
E-Mail: [mail@freie-aerzteschaft.de](mailto:mail@freie-aerzteschaft.de)  
[www.freie-aerzteschaft.de](http://www.freie-aerzteschaft.de)

## **Pressestelle:**

Daniela Schmidt  
Tel.: 0176 49963803  
E-Mail: [presse@freie-aerzteschaft.de](mailto:presse@freie-aerzteschaft.de)

*Pressekonferenz*

*Politik schafft Praxen ab – Hunderttausende Bürger unterzeichnen Protest gegen „Versorgungsstärkungsgesetz“*

*Berlin, 6. Mai 2015*

## **Statement Dr. Thomas Drabinski**

Institut für Mikrodaten-Analyse (IfMDA)

### **Demografische Veränderung in Deutschland und das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz**

Das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (GKV-VSG) soll alsbald in Kraft treten. Kern des GKV-VSG ist die Schaffung staatsmedizinischer Strukturen, die die demografische Veränderung der deutschen Bevölkerung mit einer Verknappung der medizinischen Infrastruktur beantwortet.

Durch die Einrichtung von Wartelisten in der ambulanten Versorgung (Terminservicestellen), durch die staatliche Umverteilung von ambulanten Arztsitzen aus strukturstarken in strukturschwache Regionen (Stadt/Land) und durch die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung mit dem Ziel des „Abbaus der doppelten Facharztschiene“ (bei gleichzeitigem Abbau der Krankhausbetten) wird ein grundlegender Strukturbruch in der medizinischen Versorgung implementiert.

Vorbilder sind angelsächsische und skandinavische Länder wie Großbritannien und Dänemark, die nur noch eine ambulante Grund- und Notversorgung anbieten. Ähnliche Situationen sind auch in der stationären Versorgung dieser Länder zu beobachten.

Dies ist aus Perspektive staatlicher Planungsbehörden vermeintlich kosteneffizient, aber teuer für Patienten und Leistungsanbieter, denn die individuell ansteigende Nachfrage (demografische Veränderung) nach ambulanter Versorgung trifft dann auf ein staatlich verknapptes Angebot an ambulanter Versorgung.

Dies wird ambulante Wartezeiten, Morbidität und Mortalität ansteigen lassen, eine zeitnahe Gesundheitsversorgung wird dann auch eine Frage des Geldbeutels sein (Gesundheitsarmut).

Der Gesetzgeber sollte von den Plänen eines Strukturbruchs Abstand nehmen und sich verstärkt darauf konzentrieren, wie in den nächsten 10 Jahren die medizinische Infrastruktur ausgebaut werden kann. Denn nur so kann der prognostizierte deutliche medizinische Nachfrage-Anstieg wegen geburtenstarker Jahrgänge bis zum Jahr 2040 durch zusätzliche Infrastrukturangebote aufgenommen werden.

Alternativlos ist immer nur die beste, nicht aber eine schlechte aus der Menge der möglichen Lösungen. Wir brauchen mehr Mut zur Diskussion und Umsetzung bestmöglicher Lösungen. Zu solchen zählen die angestrebten Änderungen des GKV-VSG mit dem Ziel der Verknappung der medizinischen Infrastruktur nicht.

*(freigegeben zur Veröffentlichung)*

**Kontakt:**

Institut für Mikrodaten-Analyse (IfMDA)

Dr. Thomas Drabinski

Harmsstr. 13

24114 Kiel

Tel.: 0431 3857820

E-Mail: [drabinski@ifmda.de](mailto:drabinski@ifmda.de)

[www.ifmda.de](http://www.ifmda.de)

*Pressekonferenz*

*Politik schafft Praxen ab – Hunderttausende Bürger unterzeichnen Protest gegen  
„Versorgungsstärkungsgesetz“*

*Berlin, 6. Mai 2015*

## **Statement Dr. Dirk Heinrich**

Bundesvorsitzender NAV-Virchow-Bund

Vorsitzender Spitzenverband Fachärzte Deutschlands

Präsident des Berufsverbandes der HNO-Ärzte

Vorsitzender der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg

Facharzt für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde und Allgemeinmedizin, niedergelassen in eigener  
Praxis seit 1996 in Hamburg-Horn

## **GKV-VSG: Abrissbirne der Freiberuflichkeit**

Werden alle Einzelmaßnahmen des Gesetzesvorhabens betrachtet, muss man feststellen, dass das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz keine grundlegenden Reformen angeht und die Konstruktionsfehler des Gesundheitssystems bestehen bleiben.

Die Budgetierung bleibt festgeschrieben, feste Preise und die damit verbundene Planungssicherheit für niedergelassene Ärzte werden nicht angegangen, statt dessen wird die Niederlassung als Option für Haus- und Fachärzte durch einen verpflichtenden Aufkauf in nummerisch überversorgten Gebieten zukünftig ein unkalkulierbares Wagnis mit gravierenden Auswirkungen auf die ambulante Versorgung.

Ein weiterer Eingriff in die ärztliche Freiberuflichkeit ist die Einführung von sogenannten Terminservicestellen. Dies ist reine Symbolpolitik und wird die Versorgungsengpässe bei fachärztlichen Leistungen nicht beheben. Statt über geeignete Wege zur Steuerung der Patientenströme nachzudenken, würden der ambulanten Versorgung mit dem Gesetz Kapazitäten entzogen. Das passt vorn und hinten nicht zusammen.

Durch viele einzelne Eingriffe in die freie Berufstätigkeit von Praxisärzten wird das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz zur Abrissbirne der Freiberuflichkeit.

*(freigegeben zur Veröffentlichung)*

**Pressekontakt:**

NAV-Virchow-Bund

Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands e.V.

Klaus Greppmeir, Leiter der Pressestelle

Chausseestraße 119b

10115 Berlin

Tel.: 030 288774-0

Fax: 030 288774-115

E-Mail: [klaus.greppmeir@nav-virchowbund.de](mailto:klaus.greppmeir@nav-virchowbund.de)

*Pressekonferenz*

*Politik schafft Praxen ab – Hunderttausende Bürger unterzeichnen Protest gegen  
„Versorgungsstärkungsgesetz“*

*Berlin, 6. Mai 2015*

## **Statement Dr. Richard Barabasch**

Vizepräsident Bürger Initiative Gesundheit e. V.

Facharzt für Allgemeinmedizin, Diabetologe am MVZ Hirschaid in Pommersfelden

### **Gesundheitspolitik bricht Verfassung – Patientenwohl im Ausverkauf!**

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22.11.2002 – 1 BvR1586/02 ist zur Frage der ärztlichen Therapie nachzulesen: „Es steht fest, dass es sich bei der Frage des sozialrechtlich verankerten Wirtschaftlichkeitsgebotes und dem zu beachtenden Sorgfaltsmaßstab im Hinblick auf die bestmögliche Therapie um eine Konkurrenz zwischen Einzel- und Gemeinschaftsinteressen handelt. Dabei steht der Arzt zuerst im Dienste des konkreten Patienten in dessen Not und darf sich aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht über anerkanntes Fachwissen und feste Standards der Medizin zum Nachteil des Patienten hinwegsetzen. Hierfür sprechen mit Blick auf die in Artikel 2, Absatz 2 des Grundgesetzes geschützten Rechtsgüter ‚Leben‘ und ‚Gesundheit‘ auch verfassungsrechtliche Aspekte. Diesen Rechtsgütern mit verfassungsrechtlichem Höchststrang muss in besonderem Maße Rechnung getragen werden. Insbesondere darf der Mensch nicht zum Rechnungsposten ökonomischen Kalküls degradiert werden.“

Unsere Erfahrungen und die Erkenntnisse zur Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zeigen jedoch:

1. Die weit verbreiteten Fallpauschalen als Vergütung für die Berufsgruppen und Institutionen der Versorgung/Behandlung/Betreuung der Patienten zwingen zur Einhaltung der Wirtschaftlichkeit und reduzieren den Einsatz von anerkanntem Fachwissen der Mediziner, Therapeuten und Pflegekräfte.
2. Die Orientierung auf Rabatt und niedrigen Preis bei Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln behindert die Berufsgruppen dabei, ihr Fachwissen einzusetzen und minimiert die Behandlungsqualität.

3. Budgetierung von Einzelleistungen der ambulant tätigen Mediziner, fortschreitende Androhung von Regressen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gegenüber den Medizinerinnen und Zeitvorgaben für die Pflege machen den Bürger/Versicherten/Patienten zu einem Rechnungsposten, reduzieren seine Lebensqualität und erhöhen die Risiken.
4. Unter dem Einfluss der GKV und der Politik (Gemeinsamer Bundesausschuss, Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit) wurden Versorgungsstandards entwickelt, die das medizinische Fachwissen in Richtung Wirtschaftlichkeit steuern. Das gefährdet Therapiefreiheit und -verantwortung.
5. Die teilweise Ausgrenzung von zahnmedizinischen Leistungen und die fast komplette Streichung von Leistungen für Brillen und Zubehör aus dem GKV-Katalog verstoßen vollkommen gegen die Forderungen des Grundgesetzes nach den Rechtsgütern „Leben“ und „Gesundheit“. Wer schlecht kauen oder sehen kann, gefährdet seine Gesundheit und sein Leben.
6. Der für 2015 und die Folgejahre von den gesetzlichen Krankenkassen und der Politik geplante Abbau von stationären Einrichtungen und Arztpraxen reduziert die wohnortnahe Versorgung. Die demografische Entwicklung mit einem immer größer werdenden Bedarf an Versorgung/Behandlung/Betreuung wird dabei auf dem Altar der Wirtschaftlichkeit geopfert. Dies verstößt ebenso gegen das Grundgesetz mit dem verfassungsrechtlichen Höchststrang für „Leben“ und „Gesundheit“.

Die Bürger Initiative Gesundheit e. V. fordert auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 2002 den sofortigen Stopp der konzertierten Kostensenkungsmaßnahmen des Gesetzgebers und der gesetzlichen Krankenkassen sowie der stringenten Ausrichtung auf Wirtschaftlichkeit. Die Ausrichtung der Versorgung/Behandlung/Betreuung der Bürger muss auf dem stabilen Fundament des anerkannten Fachwissens der Berufsgruppen erfolgen und nicht auf dem unzureichenden Wissen der Ökonomen, Finanzjongleure, Versicherungsfachleute und der Politiker und Beamten in den Ministerien. Nur so können die anhaltenden millionenfachen Verstöße gegen das Grundgesetz und das anerkannte Fachwissen der Berufsgruppen abgeschafft werden.

*(freigegeben zur Veröffentlichung)*

**Kontakt Pressestelle:**

Bürger Initiative Gesundheit e. V.

Beethovenstraße 2

86150 Augsburg

Tel.: 0821 50867960, Fax 0821 50867969

presse@buenger-initiative-gesundheit.de

www.buenger-initiative-gesundheit.de

Pressekonferenz

*Politik schafft Praxen ab – Hunderttausende Bürger unterzeichnen Protest gegen „Versorgungsstärkungsgesetz“*

Berlin, 6. Mai 2015

## **Statement Dr. Silke Lüder**

Stellvertretende Vorsitzende Freie Ärzteschaft e. V.

Stellvertretende Vorsitzende der der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen  
Vereinigung Hamburg

Fachärztin für Allgemeinmedizin, Hamburg

## **Medizindatenmanagement künftig in der Hand von Kassen und Industrie? Das E-Health-Gesetz und die Begehrlichkeiten der Gesundheitsindustrie**

Das „Versorgungsstärkungsgesetz“ ist nur eines von vielen Gesetzen, mit denen Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe die Medizinlandschaft in Deutschland umpflügen will. Auch das Gesetz zur „Elektronischen Gesundheit“, das E-Health-Gesetz, kommt in den nächsten Monaten auf Ärzte und Versicherte zu. Der Minister will zur Beschleunigung des stockenden Projekts elektronische Gesundheitskarte (eGK) erklärtermaßen Druck auf Ärzte, Versicherte und Körperschaften ausüben. Es soll endlich vorwärts gehen mit der eGK, die laut Gröhe „als Sportwagen in der Garage auf ihren Einsatz wartet“. Und auch die Industrie wartet: Im April 2015 forderte die Biotechnologie-Branche Anpassungen des Entwurfs zum E-Health-Gesetz. Sie will die künftig auf der eGK gespeicherten Patientendaten für ihre Geschäfte nutzen.

Seit vielen Jahren lehnen unabhängige Patientenvertreter, Datenschützer und alle Ärztetage das eGK-Mammutprojekt ab. Jetzt sieht man, dass das geplante neue Gesetz von Minister Gröhe genau die falschen Begehrlichkeiten weckt. Medizindaten sollen zu einem lukrativen Geschäftsfeld werden. Wohl nicht umsonst haben Datenschützer kürzlich dem Minister den Negativpreis „BigBrotherAward“ verliehen.

Während der Gesetzentwurf für Ärzte und Patienten überwiegend finanzielle Strafen und den Zwang zum Anschluss an eine zentrale Telematik-Infrastruktur bereithält, hat die Medizinindustrie guten Grund, sich auf lukrative Geschäfte mit Patientendaten zu freuen. Auch die ersten Krankenversicherungen locken ihre Versicherten mit Bonuszahlungen für

# Freie Ärzteschaft

Datenspeicherungen. Meist folgen darauf später höhere Beiträge für „Verweigerer“. Medizindaten werden jetzt schon als das „Gold unseres Jahrhunderts“ bezeichnet.

Auch die vom Ministerium angekündigten Vorteile des Notfalldatensatzes auf der eGK sind reine Utopie. Es dreht sich um eine elektronische Patientenakte im Kleinformat auf der administrativen Karte, die man überall vorzeigen muss. Und: Die Daten sind nur in Deutschland, nicht aber im Ausland nutzbar. Die Planung des Notfalldatensatzes ist außerdem so hochkomplex und mit juristischen Fallstricken ausgestaltet, dass kein Arzt in der Lage sein wird, diesen für seinen Patienten überhaupt sinnvoll einzusetzen.

Wenn der Minister wirklich „Versorgung stärken“ wollte, müsste er das milliardenschwere Pleitenprojekt einstellen, und dafür sorgen, dass die Versichertengelder in gute Medizin für den einzelnen Patienten fließen. Was brauchen Patienten in Deutschland? Ärzte vor Ort, mehr Zeit, Zuwendung, ein geschütztes Vertrauensverhältnis und dauerhaften Schutz ihrer Daten. Das erfordert Investitionen in sinnvolle, datensparsame, dezentrale Datenhaltung und Kommunikation – ohne eine durch staatliche Maßnahmen erzwungene zentralistische Dateninfrastruktur, die von Kostenträgern oder Medizinkonzernen verwaltet wird.

*(freigegeben zur Veröffentlichung)*

## **Kontakt:**

Freie Ärzteschaft e. V.  
Gervinusstraße 10  
45144 Essen  
Tel.: 0201 68586090  
E-Mail: [mail@freie-aerzteschaft.de](mailto:mail@freie-aerzteschaft.de)  
[www.freie-aerzteschaft.de](http://www.freie-aerzteschaft.de)

## **Pressestelle:**

Daniela Schmidt  
Tel.: 0176 49963803  
E-Mail: [presse@freie-aerzteschaft.de](mailto:presse@freie-aerzteschaft.de)